

Atommüll-Endlager als Startbahn für Atom-Renaissance

von Christfried Lenz

(und weitere sehr wichtige Infos)

Atommüll-Endlager:

Nicht Ende der Atomenergie sondern deren Hoffähigmachung? Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) weicht Fragen aus!

Liebe FreundInnen und Freunde,

von vielen Seiten -- auch von Teilen der Anti-Atom-Bewegung - wird beruhigt: In einem Jahr ist endgültig Schluss mit der Atomenergie in Deutschland. Der Ausstiegsbeschluss steht. Die Ampel-Koalition wird die allerletzte sein, die daran rüttelt. Und die Atomindustrie selber dementiert jegliches Interesse am Weiterbetrieb von Atomkraftwerken in Deutschland.

Man sollte allerdings nicht vergessen: Gerade die Geschichte des deutschen Atomausstiegs ist ein Bilderbuchbeispiel für "Bäumchen wechsle dich". Wer will behaupten, dass ausgerechnet jetzt dieses Spiel zu Ende sein soll ?

Auf der EU-Ebene wird jedenfalls intensiv pro Atom nicht nur diskutiert. Laut "Taxonomie" soll die Atomenergie - gemeinsam mit Erdgas - als nachhaltig und klimafreundlich eingestuft werden, um Fördergelder zu erhalten, die dann den Erneuerbaren fehlen. Definitiv entschieden ist das noch nicht. Aber selbst wenn es nicht dazu käme, muss die Atomenergie aufgrund des Euratom-Vertrages ohnehin gefördert werden.

In Deutschland setzen derweil Viele das in Suche befindliche Atommüll-Endlager mit dem Ende der Atomenergie gleich. Hierbei wird allerdings ein Umstand nicht beachtet, der von höchster Bedeutung ist: die Größe, die das Lager erhalten soll! Wenn es nämlich größer wird als zur Aufnahme des bis Ende 2022 in Deutschland produzierten hochradioaktiven Mülls erforderlich, ist es eine Einladung, nun erst recht mit der Kernkraft loszulegen, da deren Endlager-Defizit dann beseitigt ist. In dem Artikel "Erdgas, CCS und Atom: fruchtlose Versuche gegen die Überlegenheit der Erneuerbaren" <https://www.pv-magazine.de/2021/10/21/erdgas-ccs-und-atom-fruchtlose-versuche-gegen-die-ueberlegenheit-der-erneuerbaren/> hatte ich geschrieben:

"Das Endlager an sich ist ein zweiseitiges Schwert: Einerseits wollen wir, dass der gefährliche Müll möglichst bald sicher gelagert wird, andererseits kann das Endlager Einladung für weitere Atomenergie-Nutzung sein, denn deren Hauptmanko, die fehlende Müllentsorgung, wäre damit beseitigt. Dieser ungewollten Wirkung könnte ein Riegel vorgeschoben werden, indem das Endlager nicht größer dimensioniert wird als zur Aufnahme des bis 2022 produzierten Mülls erforderlich. Das scheint aber gerade nicht beabsichtigt zu sein. Als Wolfram König, Präsident des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), kürzlich einen möglichen Standort in der Altmark aufsuchte und diesbezüglich gefragt wurde, antwortete er ausweichend. Höchste Wachsamkeit ist also angebracht. Sonst könnte das Endlager statt zum

Schlussstrich unter einen technologischen Irrweg, zur Startbahn für eine Revitalisierung der Kernenergie werden."

Offenbar hatte ich damit ziemlich ins Schwarze getroffen, denn wenige Stunden nach Erscheinen des Artikel meldete sich das BASE bei der Redaktion: Es schlug in die bekannte Beruhigungskerbe, machte aber auch auf jenen seltsamen §1 (6) des Standortauswahlgesetzes aufmerksam, welcher lautet ***"Die Endlagerung schwach- und mittelradioaktiver Abfälle am auszuwählenden Standort ist zulässig, wenn die gleiche bestmögliche Sicherheit des Standortes wie bei der alleinigen Endlagerung hochradioaktiver Abfälle gewährleistet ist."***

Hierzu reichte ich folgende offizielle Anfrage ein:

"Könnte das dazu führen, dass im Fall, dass auch nach 2022 hochradioaktive Abfälle anfallen würden, die geringer radioaktiven Abfälle anderweitig untergebracht würden, um im Endlager Platz für zusätzliche hochradioaktive Abfälle zu schaffen?" Nach längerer Verzögerung und Nachhaken meinerseits kamen vom Amt schließlich folgende Sätze, die jedoch keine Beantwortung, sondern die Umgehung einer Antwort darstellen:

"Mit dem gesetzlich festgelegten Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie in Deutschland kann ein weiterer Anfall hochradioaktiver Abfälle aus der Energieerzeugung derzeit ausgeschlossen werden. Darüber hinaus würde es sich, wenn es zur Endlagerung schwach- und mittelradioaktiver Abfälle am Standort des Endlagers für hochradioaktive Abfälle käme, um zwei getrennte Endlagerbauwerke mit wahrscheinlich unterschiedlichen Sicherheitsanforderungen und unterschiedlichen Sicherheitskonzepten handeln. Ein einfaches Einbringen zusätzlicher Mengen an hochradioaktiven Abfällen in ein für schwach- und mittelradioaktive Abfälle geplantes und genehmigtes Endlager ist sicher auszuschließen."

- Im ersten Satz beachte man das "derzeit".
- Der zweite Satz widerspricht dem Gesetzestext, worin verlangt wird, dass die *"gleiche ... Sicherheit des Standortes wie bei der alleinigen Endlagerung hochradioaktiver Abfälle gewährleistet ist."* Man beachte in diesem Satz auch das *"wahrscheinlich"* !
- Der letzte Satz ist absurd, da er etwas beantwortet, wonach nicht gefragt wurde.

Unabhängig von dieser kläglichen Leistung des BASE noch Folgendes: Wir sollten uns nicht damit beruhigen, dass die Erneuerbaren Energien inzwischen erheblich billiger sind als Atom oder Erdgas, so dass der Markt in diesem Fall im Sinn der Energiewende arbeitet. Wenn man sich auf diesen Aspekt beschränkt, lässt man die politische Dimension außer Acht: Die erneuerbaren Energien sind ihrem Wesen nach

dezentral. Schon heute sind den monolithischen Stromkonzernen daraus Konkurrenten erwachsen. Diese sind zwar lächerlich winzig, dafür aber sehr viele. Zwei Millionen in Deutschland schon jetzt. Wenn schließlich die ganze, für die Gesellschaft und für jegliche Wirtschaftstätigkeit grundlegende Branche, die Energieerzeugung, von wenigen Konzernen in die Hände von Millionen von Menschen übergeht, bedeutet das eine umfassende Umstrukturierung der Gesellschaft und läuft letztlich auf die Entmachtung des großen Kapitals hinaus. Die Bevölkerung hat dieses ihr Potenzial noch kaum entdeckt. Die "andere Seite" sehr wohl! Sie versucht alles, um diese Umwälzung zu verzögern. Atom und Erdgas mag so teuer und klimazerstörend sein wie es will. Um die mit der Selbstermächtigung der Bevölkerungen verbundene 100%ige Versorgung durch Erneuerbare Energien aufzuhalten, ist ihr jedes Mittel recht und keines zu teuer.

(Zum Schluss noch die Korrespondenz mit der BASF (unter diesem Link.)

<http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Korrespondenz-mit-BASE.pdf>

Die strategische Erkenntnis aus diesen Zusammenhängen wäre:

Sicheres Atomende braucht Bürger-Energiewende!

PS.: der Artikel „Atommüll-Endlager: Nicht Ende, sondern Neubelebung der Atomenergie?“ ist jetzt im pv-magazine online: <https://www.pv-magazine.de/2021/12/17/atommuell-endlager-nicht-ende-sondern-neubelebung-der-atomenergie/>

Morgen und wahrscheinlich auch am Montag kommt er in den pvm-Newsletter.

Außerdem ist er heute in den DGS-News: <https://www.dgs.de/news/en-detail/171221-atommuell-endlager-nicht-ende-sondern-neubelebung-der-atomenergie/>

Schöne Grüße,

Christfried

Zur Info weitergeleitet.

Mit solidarischen Grüßen

Antje und Dieter

www.antjeundieter.de

<https://t1p.de/Autoren-Nach-Lesung>

<https://t1p.de/Politisches-Gedicht>

<https://t1p.de/Anti-AKW-Video>

Weitere Infos:

.) Noch ein Jahr gespeichert ist das 15 Minuten Video eines PANORAMA

Reporters . Zum Schluss natürlich PRO ATOM:

https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/mein_nachmittag/Kernkraftwerk-Brokdorf-geht-vom-Netz,meinnachmittag26858.html

.)) Und hier – ohne staatliche Brille – die Doku „Unser gemeinsamer Widerstand“

unter diesem Link: <https://t1p.de/Anti-AKW-Video>

.) Suche nach Endlager für Atommüll Unter der Oberfläche:

<https://taz.de/!5711317/> (Tipp: Falls nötig - auf den Button "Gerade nicht" klicken.)

Ende September werden Standorte benannt, an denen ein nukleares Endlager errichtet werden könnte. Dann wird die heftige Debatte erst losgehen. Während sich die gesamte Aufmerksamkeit auf die Einlagerung der 10.500 Tonnen extrem radioaktiven und giftigen Abfälle konzentriert, läuft praktisch unbemerkt auch die Suche nach einem weiteren Standort an: Gesucht wird zusätzlich eine letzte Ruhestätte für bis zu 300.000 Kubikmeter Strahlenmüll, die zum großen Teil aus dem skandalumwitterten Bergwerk Asse II stammen.

.) Salzstock Gorleben – Zusammenfassung von der BGE:

https://www.bge.de/fileadmin/user_upload/Standortsuche/Wesentliche_Unterlagen/Zwischenbericht_Teilgebiete/___36_Salzstock_Gorleben_barrierefrei.pdf

.) Suche nach Endlager - Die Politik bleibt das größte Problem:

<https://www.tagesschau.de/kommentar/kommentar-endlagersuche-101.html>

.) Die Heinrich Böll Stiftung hat die deutsche Fassung des World Nuclear Waste Report online gestellt.

Wir waren letzte Woche fertig geworden. Eine erste online Diskussion wird von der Stiftung Leben und Umwelt in Hannover vorbereitet. Datum steht noch nicht fest. Sollte aber bald klappen:

<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-09/rebecca-harms-atommuell-endlager-gorleben-die-gruenen>

.) Suche nach einem Endlager für Atommüll: Hamburg ist endlagertauglich:

<https://taz.de/Umweltminister-ueber-Endlagersuche/!5713040/> - - Umweltminister über Endlagersuche: „Es darf sich niemand wegducken“ - Was nun? Schleswig-Holsteins Energie- und Umweltminister Jan Philipp Albrecht (Grüne) über die Suche nach einem Endlager in Norddeutschland.

.) Endlager, nein danke?! Was für ein gottesgleich vermessener Wahnsinn:

<https://www.tagesspiegel.de/politik/endlager-nein-danke-was-fuer-ein-gottesgleich-vermessener-wahnsinn/26227410.html> - Selten habe ich eine so beknackte Diskussion verfolgt wie die um die Endlager für den Atommüll, von Anfang an. Dafür habe ich mich nicht vor 40 Jahren bei minus 20 Grad in Brokdorf von der Polizei mit dem Wasserwerfer nassspritzen lassen, um mir heute diesen Quatsch von Söder und anderen anhören zu müssen.

.) Wie sieht die Welt in einer Million Jahre aus? :

<https://www.jungewelt.de/artikel/387359.umwelt-endlager-gesucht.html?sstr=Endlager> - - In einem Zwischenbericht, den die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) am Montag vorgelegt hat, wagt sie den Blick in die Zukunft. Er umfasst rund 90 Gebiete in Deutschland, die sich dafür eignen sollen, über diesen Zeitraum den hochradioaktiven Müll, den die Atomkraftwerke hinterlassen haben, »sicher« einzulagern. Die Behörde scheint guter Dinge: Wie zuerst der Spiegel berichtete, hält sie mehr als zwei Drittel der bundesdeutschen Fläche für geeignet.

.) Kritik am „Endlager“-suchverfahren und warum es höchstens ein Langzeit-Notlager werden kann: <https://antiatomnetz-trier.de/2020/10/kritik-am-endlagersuchverfahren/> - - In der Diskussion zum Endlagerungssuchverfahren werden

von der Bundesregierung, den Parteien und den Medien irreführende und beschönigende Begriffe benutzt. Tatsächlich gibt es kein "sicheres" Endlager, das Atommüllproblem kann nicht "gelöst" werden. Dass eine "Lösung" möglich sei, soll uns vorgegaukelt werden, der Begriff verharmlost und spielt der Atomindustrie in die Hände. Nein, es wird lediglich das am wenigsten unsichere Endlager gesucht! Und dieses wird dann über eine Million Jahre unsicher und hochgefährlich bleiben. Fakt ist, dass die Lagerung des strahlenden Atommülls nach wie vor unlösbar ist. Davon auszugehen, dass das bleibende massive Gefährdungspotential verlässlich über Jahrtausende von zukünftigen Generationen und Gesellschaften gut bewältigt werden kann ist Naivität, technologische Arroganz oder politisches Kalkül.

.) Gorleben geschlossen: Die Lebenslüge der Grünen (Außerparlamentarische wurden ignoriert) : <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/schliessung-von-gorleben-die-lebensluege-der-gruenen-17542717.html> - - Lange konnten sich die Gorleben-Gegner als die Sieger der Geschichte fühlen. Mittlerweile ist klar: Im Wendland soll eine verirrte Energiepolitik unter den Teppich gekehrt werden.

.) Strahlendes Milliardengrab :

<https://www.ardmediathek.de/video/exakt-die-story/strahlendes-milliardengrab/mdrfernsehen/Y3JpZDovL21kci5kZS9iZWl0cmFnL2Ntcy9iOWVjYTFmMC03MDk1LTRiZjUtOTdmNS0wMmFkOWU2ZTUwMjY/> - - Nächstes Jahr geht das letzte deutsche Atomkraftwerk vom Netz. Doch damit ist das Thema noch längst nicht vom Tisch. Exakt - Die Story zeigt, wie viel länger uns die jahrzehntelange atomare Stromerzeugung noch belasten wird. Viel länger, als wir bisher wussten. Es entstehen weitere immense Kosten, die kommende Generationen belasten - ein Milliardengrab."

.) Bundestag schafft Klagerecht wegen fehlendem Terrorschutz ab: <https://www.ag-schacht-konrad.de/news/newsuebersicht/bundestag-schafft-klagerecht-wegen-fehlendem-terrorschutz-ab-2213/>

.) Interview mit Sylvia Kotting-Uhl: <https://jungle.world/artikel/2021/49/atomenergie-und-demokratie-sind-nicht-kompatibel> - Kotting-Uhl hat das Thema über die Jahre unspektakulär, aber unbeirrbar bearbeitet. Dass sie gleich in ihrer ersten Antwort auf die militärischen Antriebe der aktuellen Atomdebatte zu sprechen kommt, hätte auch nicht Jede/r fertiggebracht. Sie gehört offensichtlich zu denjenigen, die Robert Jungk nicht nur gelesen, sondern auch verstanden haben.

.) Urenco forscht in Gronau an neuer Reaktortechnik, Atomkraftgegner protestieren: <https://www.heise.de/news/Urenco-forscht-in-Gronau-an-neuer-Reaktortechnik-Atomkraftgegner-protestieren-6294276.html> – Wenn das britische Unternehmen an seinem deutschen Standort an neuen Reaktoren forscht, untergrabe das den deutschen Atomausstieg, meinen Aktivisten.

.) Offener Brief der AG Schacht KONRAD e.V. an das NBG
<https://www.ag-schacht-konrad.de/news/newsuebersicht/offener-brief-der-ag-schacht-konrad-ev-an-das-nbg-2280/>

Sehr geehrte Damen und Herren,

vor rund drei Wochen hatten wir Ihnen geschrieben, dass wir mit Befremden die öffentlichen Äußerungen Ihres Co-Vorsitzenden Armin Grunwald zur Kenntnis genommen hatten und Sie um eine Stellungnahme gebeten.

Leider haben wir von Ihnen bisher keine Antwort erhalten. Auf der Homepage des NBG ist jedoch seit dem 25.11. eine Pressemitteilung veröffentlicht, in der Herr Grunwald seine Position relativiert und darstellt, diese hätte nichts mit der Endlagersuche in Deutschland zu tun.

Für uns stellt sich jetzt die Frage, wieso für andere Länder ein anderer Grundsatz gelten sollte? In Bezug auf den Klimaschutz muss immer eine Abwägung von Vor- und Nachteilen erfolgen. Selbst wenn die Atomenergie in einem sehr engen Segment (CO₂ während des Betriebes) Vorteile in Bezug auf Klima haben sollte, steht die CO₂-Produktion an den anderen Stationen (Kraftwerksbau, Uranabbau, Brennelementfertigung, Transport usw.) und eben die ungelöste Endlagerfrage – mit all ihren technischen, geologischen und sozialpolitischen Schwierigkeiten - als Nachteile entgegen.

Wenn Sie Vertrauen und Akzeptanz für das Endlagersuchverfahren erwarten, muss ein eindeutiges Bekenntnis zum Atomausstieg Grundlage der Arbeit des NBG sein und keine Relativierungen. Wir bitten um Weiterleitung auch unseres zweiten Briefes an **alle** NBG-Mitglieder.

Mit freundlichen Grüßen

Marianne Neugebauer

Silke Westphal

Thomas Erbe

Carsten Kawka
Ludwig Wasmus
(Vorstand der AG Schacht KONRAD e.V.)

.) Niederlande: AKW Borssele soll länger am Netz bleiben und 2 neue AKW sind geplant: <https://www.greenpeace-magazin.de/ticker/koalition-den-haag-milliarden-fuer-klima-zurueck-zur-kernenergie-0> – Nach den Vorhaben sollen Fonds mit insgesamt 60 Milliarden Euro für Klimaschutz, die Energiewende und Nachhaltigkeit der Landwirtschaft eingerichtet werden. «Die Niederlande wollen in Europa führend sein im Kampf gegen die Erwärmung der Erde», heißt es im Vertrag. Geplant ist auch der Bau von zwei neuen Kernkraftwerken. Die bisher einzige Kernkraftwerk Borssele soll länger am Netz bleiben. (Mehr dazu unter dem obirgen Link.)

.) AfD-Antrag für Weiternutzung der Kernenergie abgelehnt: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw50-de-kernkraftwerke-871112> - -Die AfD wollte am 16.12.2021 die Bundesregierung in ihrem Antrag auffordern, einen Gesetzesentwurf zur Novellierung des Atomgesetzes vorzulegen, um die in Paragraf 7 festgeschriebene Laufzeitbegrenzung zu ändern. Mittels Verlängerung der Betriebsgenehmigungen sollte ein Weiterbetrieb oder die Wiederinbetriebnahme der Kernkraftwerke bis mindestens zum Ende des nächsten Jahrzehnts ermöglicht werden. Auch sollte das Bundeswirtschaftsministerium ein Rückbaumoratorium für die letzten in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke erlassen, um den Weiterbetrieb oder die Wiederinbetriebnahme möglich zu machen und so die Energieversorgung zu sichern. Die staatliche Kapazitätsreserve in Höhe von derzeit 14 Gigawatt sollte um weitere Kernkraftwerke ergänzt werden, um eine Blackout-Gefahr zu reduzieren, welche vorrangig auf die wetterbedingt unsichere Wind- und Solareinspeisung zurückzuführen sei.